

2011-11-14

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die

**Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**am 07.11.2011**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 19:10 Uhr**  
**Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau**

**Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Schönemann, Ralf

**Fraktion der CDU**

Trocha, Harald

Rumpf, Frank

Gebhardt, Roland

Anwesend bis TOP 4

Anwesend ab TOP 5

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Krüger, Otto-Harald

**Fraktion der SPD**

Laue, Harald

Dreibrodt, Hans-Peter

Anwesend bis TOP 4

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**

Otto, Hans-Georg

Anwesend bis TOP 4

**Fraktion der FDP**

Neubert, Jürgen, Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sondersitzung sowie – mit 8 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

### 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, mit Verweis auf die am heutigen Tag stattfindende Fraktionssitzung erklärt, dass er an der Sitzung nur bis 18:00 Uhr teilnehmen könne.

Anmerkungen oder Änderungsvorschläge zur ausgereichten Tagesordnung wurden nicht vorgebracht, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

### Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

### 3. **Öffentliche Informationsvorlagen**

#### 3.1. **Gegenüberstellung der "Prioritätenliste für Vorhaben aus dem Bau- und Investmentbereich in der Betreuung des Dezernates VI für die Haushaltsplanung 2012" und des Haushaltsentwurfs des Vermögenshaushaltes 2012**

**Vorlage: DR/IV/064/2011/VI**

Einführend verwies **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, darauf, dass der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt in einer Sondersitzung am 06.09.2010 die „Prioritätenliste für Vorhaben aus dem Bau- und Investmentbereich in der Betreuung des Dezernates VI für die Haushaltsplanung 2012 (Vorlage: DR/BV/280/2011/VI-63)“ diskutiert und als Orientierung für den Haushaltsentwurf des Vermögenshaushaltes 2012 zur Kenntnis genommen habe. In Anbetracht der anstehenden Haushaltsberatungen werde nun dieser Faden wieder aufgenommen und dargestellt, wie die gesetzten Prioritäten der o. g. Vorlage im Haushaltsplan 2012 abgebildet wurden.

Der Ausschuss sollte sich am heutigen Tage zur Verfahrensweise im Umgang mit der Prioritätenliste sowie zu deren Verbindlichkeit als Grundlage der Haushaltsberatungen verständigen.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, verwies eingangs auf die dezernatsübergreifende Abstimmung in der Erarbeitung der Prioritätenliste und der nachfolgenden Einarbeitung in den Vermögenshaushalt 2012. Damit habe die Liste ihre Bewährungsprobe bestanden.

Entsprechend den für das Jahr zur Verfügung stehenden Mitteln sei nunmehr eine Überzeichnung der Prioritätenliste zu erkennen, wobei die Projekte der Kategorie 1 als gesetzt, die der Kategorie 1a als gesetzt, aber in der Höhe und in der zeitlichen Umsetzung variabel, anzusehen

sein. Die Projekte der Kategorie 2 stellen neue Vorhaben dar, deren Umsetzung in Priorität gesetzt wurde.

Die Stellschrauben seien bei den Projekten der Kategorie 1a anzusetzen, um somit eine Umsetzung weiterer Projekte der Kategorie 2 zu ermöglichen. Daher stelle sich nun die Frage, was und in welcher Höhe in der Umsetzung vorzusehen sei.

Darüber hinaus stehe man aktuell einer neuen Situation gegenüber, da seitens des Finanzministeriums für die Jahre 2012 und 2013 zusätzliche Finanzaufweisungen angekündigt worden. Für das Jahr 2012 seien das ca. 2,2 Mio. € zusätzliche Eigenmittel, deren Einsatz intern bereits geprüft wurde. Hierzu sei am heutigen Tag ein Votum durch den Fachausschuss zu erreichen.

Nach Anfrage von **Herrn Schönemann** an die Fraktionen, zu einem Votum zur inhaltlichen Schwerpunktsetzung, die sich nun durch die Einarbeitung der Prioritätenliste in den Haushalt ergebe, verwies **Herr Beigeordneter Hantusch** beispielhaft auf die Vorhaben „Zuschuss an die DESWA“ und „Investitionen Grundwasser“. Hier sei durch die Höhe der in 2012 umzusetzenden Maßnahmen eine politische Zeichensetzung möglich.

Hierzu müsse man wissen, was im Jahr 2012 umsetzbar wäre, äußerte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, als Rückfrage. Die in der Prioritätenliste geplanten Maßnahmen in Höhe von 600.000 € seien mit der DESWA sowohl abgestimmt als auch umsetzbar, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. In der laufenden Haushaltsbearbeitung seien diese Mittel auf 138.600 € reduziert worden.

Ob die Maßnahmen der Prioritätenliste auf die entsprechend der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel reduziert wurden, stellte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, als Frage zum besseren Verständnis. Daraus folgend erwarte man nun eine Wertung der Angemessenheit des Balanceaktes zur Einbeziehung der Projekte. Die Frage, die sich daher stelle, sei, ist der vorliegende Haushalt ein Kompromissvorschlag der Verwaltung oder wolle man sich hier kritisch mit dem Haushalt auseinandersetzen, weil man ihn in dieser Form nicht mittrage.

Die Prioritätenliste wurde verwaltungsintern abgestimmt, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die Erarbeitung des Haushalts erfolgte dann unter Einspielung der Liste, so dass der vorliegende Haushaltsplan als Spiegelbild der Prioritätenliste zu sehen sei.

Nach einigen Rückfragen der Vertreter des Gremiums zu Einzelprojekten und Unterschieden in den finanziellen Ansätzen und entsprechenden Erläuterungen der Vertreter der Verwaltung wurde vereinbart, dass diese Erläuterungen künftig bereits in der Ausreichung der Vorlage in die Liste aufgenommen werden. Zur aktuellen Gegenüberstellung von Prioritätenliste und Vermögenshaushalt 2012 werde man diese ergänzenden Bemerkungen aufnehmen und vor den Beratungen zum Vermögenshaushalt erneut ausreichen. Als Ansprechpartner für darüber hinaus gehende Rückfragen wurde Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, benannt.

Ausgereicht wurde im Anschluss eine Auflistung der Vorschläge zur Verwendung der zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von ca. 2,2 Mio. € Erläuterungen zu den Einzelvorhaben und deren Einordnung wurden durch die Vertreter der Fachämter gegeben.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann** wurde die Auflistung ohne Gegenstimme als Arbeitsrichtung zur Einbringung in die Diskussion zum Vermögenshaushalt 2012 bestätigt.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen**.

#### 4. Öffentliche Anfragen und Informationen

Bezug nehmend auf das Gespräch mit Herrn Minister Webel am 02.11.11, welches durch Herrn Kolze vorbereitet wurde und unter Teilnahmen von Herrn Otto, Herrn Schönemann, Herrn Meister und Herrn Pfefferkorn stattfand, informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu den Aussagen des Ministers, dass für beide Vorhaben, die Ostrandstraße und die Muldebrücke BW 11, eine Ausreichung einer Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn möglich sei. Der zeitliche Rahmen zur Umsetzung der entsprechenden Maßnahme wurde mit Endabrechnungsdatum Ende 2014 konkretisiert. In Ausnahmen könne diese Frist bis zum 1. Quartal 2015 verlängert werden. Dieses Gesprächsergebnis wurde durch Herrn Schönemann als konform mit der vorliegenden Beschlusslage bezeichnet.

Im Anschluss begrüßte Herr Schönemann Herrn Prof. Oswald und bat um Informationen zum aktuellen Stand des Vorhabens Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus.

**Herr Prof. Oswald, Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau**, verwies auf die Vielzahl von Gesprächen mit verschiedenen Ministerien zur Umsetzung des Projekts in der durch den Stadtrat bestätigten Beschlusslage. Nachdem im Juli 2011 das Kabinett die Entscheidung gefällt hatte, dass man das Projekt in der beschlossenen Form nicht unterstützen werde, sei eine Kofinanzierung von der Landesseite nicht zu erwarten und man sei aufgefordert, eine adäquate Verwendung der bewilligten UNESCO-Mittel der Jahre 2009 und 2010 zu erarbeiten.

In weiteren Gesprächen wurde die Arbeitsrichtung entwickelt, die vorhandenen Gelder in die Bestandsgebäude zu investieren. Auch hier stelle sich die Frage der Kofinanzierung seitens des Landes. Zur Erläuterung des derzeitigen Standes reichte Herr Prof. Oswald eine Broschüre an die Mitglieder des Gremiums aus und beschrieb als derzeit angestrebte Arbeitsrichtung die Einrichtung einer touristischen Erstinformation im Bauhausgebäude. Zu Klärung der offenen Fragen erfolgte vor zwei Wochen die Gründung einer Arbeitsgruppe, in der Vertreter der Ministerien, der Stadt und der Stiftung auf Arbeitsebene an den Lösungen arbeiten. Am heutigen Tag fand das zweite Treffen dieser Arbeitsgruppe statt.

Zur Sicherung der Mittel befürwortete er als Grundlage zeitnaher Entscheidungen die Modifikation der Beschlusslagen.

Der dargestellte Sachstand begründe eine Prüfung der Beschlusslage der letzten Stadtratssitzung, erklärte **Herr Schönemann**. Nach einigen Disharmonien seien eine Rückkehr zur Sachlichkeit und eine einheitliche Außenwirkung von Stadtrat, Verwaltung und Stiftung anzustreben.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, bekräftigte, dass man zu früh die Grundlinie in der Entwicklung des Projekts aufgegeben habe. Nach der Vision und darauf folgender Ideenentwicklung sowie der Entscheidung zum Standort habe man Gespräche mit der Landespolitik geführt, vor und nach der Wahl. Dabei sei kein Fortschritt erzielt worden, die Verantwortung wurde zwischen den Ministerien hin und her geschoben. Das Projekt hat leider nie den Eingang in die Arbeitsebene bei den Ministerien erhalten. Zu diesem Zeitpunkt hätte es einer starken Persönlichkeit bedurft, die die Interessen der Stadt mit Nachdruck gegenüber dem Land darstellt. Jedoch wurden Unstimmigkeiten innerhalb der Stadt zum Standort nach außen getragen, was für das Projekt zusätzlich kontraproduktiv war.

In dieser Phase der Projektentwicklung habe man viel zu früh aufgegeben, mittlerweile werde das Vorhaben zerrissen in ein Besucherzentrum und einem möglichen Museum, ohne einen zeitlichen Rahmen zur Umsetzung zu benennen.

In der Auswertung laute demnach die Botschaft: „Wir stehen mit nichts da.“ Seitens der Landesregierung werde ein Ausstiegsszenario beschritten. Die ursprüngliche Vision sei in weite Ferne gerückt. Persönlich glaube er auch nicht an eine Umsetzung nach 2014. Dafür sei das Enga-

gement des Bundes in Weimar und das des Landes in Wittenberg zu stark und die finanzielle Lage des Landes in den Folgejahren zu schmal.

In der Planung des Doppelhaushaltes des Landes für 2012/13 sei eine Berücksichtigung des Vorhabens zurzeit nicht vorgesehen. Leider habe man zu früh aufgegeben.

Der Rat habe in seiner Resolution vom 26.10.11 ein deutliches Zeichen gesetzt, erklärte **Herr Schönemann**. Die vorgestellte Arbeitsrichtung sei eine Notlösung, die nicht der Intention des Rates entspreche, deren Legitimation zu prüfen sei. Die Unterstützung für diesen Richtungswechsel sei durch eine verbindliche Beschlusslage zu erwirken.

In der Bearbeitung durch die Stiftung wurde immer gesagt, so **Herr Prof. Oswald**, dass es sich um eine Ideenproduktion handele, die unter den Gremiovorbehalt zu betrachten sei. Er verwies auf die Entwicklungen in Weimar, wo sich der Prozess von der Idee bis zur Klärung der Finanzierung über einen Zeitraum von sieben Jahren erstreckte. Auch in Dessau-Roßlau sei ein langer Atem nötig. Die Schwierigkeiten aufgrund der künftigen Haushaltssituation seien bekannt, er plädiere aber für ein weiteres Festhalten an der Idee.

Durch **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, wurde diese optimistische Haltung geteilt. Nötig sei ein aktives Wirken nach außen, die grundsätzliche Haltung ist beizubehalten, eine Kompromisslösung zu prüfen. Nachdem die ursprüngliche, ideale Konstellation eines Besucher- und Ausstellungszentrum nicht umsetzbar scheint, könne auch ein Ausstellungszentrum am abgestimmten Standort entstehen.

Die ausgereichte Broschüre, die im Prozess als internes Papier erarbeitet wurde, zeige die Aufsplittung der Funktionen zur Reduzierung der Investitionshöhe, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Er sei pessimistisch, da nur jetzt diese Chance für Dessau bestanden habe, ab 2014 werde es keine finanziellen Spielräume mehr geben. Die Stadt hätte frühzeitig eine starke Position gegenüber dem Land aufbauen müssen. Nunmehr finde das Vorhaben in der politischen Diskussion der nächsten zwei Jahre nicht mehr statt. Kritisch zu betrachten seien die schlechte Führung des Prozesses und die Schauplätze negativer Diskussionen.

Nachdem **Herr Dr. Neubert** auf das Jubiläumsjahr 2019 verwies und für gemeinsame Anstrengungen in dessen Vorbereitung warb, vertrat **Herr Prof. Oswald** die Ansicht, dass das modifizierte Konzept auch Vorteile gegenüber der ursprünglichen Idee beinhalte. Es werde keine inhaltliche Verschlechterung geben und eine Neutralität im Betriebsaufwand sei gegeben.

Die Frage von **Herrn Dr. Neubert**, ob mit der Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe zu folgern sei, dass die Unverzichtbarkeit eines Ausstellungszentrums festgestellt werde, beantworte **Herr Prof. Oswald** damit, dass dies der richtige Schritt wäre. Demgegenüber müsse nun aber Verbindlichkeit hergestellt werden. Eine verlässliche Aussage läge hierzu jedoch nicht vor.

Die Arbeitsgruppe diene der Rettung der UNESCO-Mittel, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Nach Lösung dieser Aufgabe erfolgen eventuell eine Auflösung und eine Federführung durch das Kultusministerium mit den entsprechenden Abhängigkeiten der Stiftung. Die Stadt sei dann außen vor. Diese Entwicklung in der Gestaltung des weiteren Prozesses müsse man abwarten.

Als notwendig erachtete **Herr Schönemann** eine Vereinbarung zwischen Stiftung und Stadt zur Unterstützung der weiteren Arbeit. Inhaltlich sollte das künftige Arbeitsgremium, die gemeinsame Erarbeitung einer „Corporate Identity“ und die Verfahrensweise festgeschrieben werden. Hierzu sei die Notwendigkeit von Beschlussfassungen zu prüfen. Er befürworte den Verbleib auf dem grundsätzlichen Standpunkt und einer Kompromissbereitschaft in Reaktion auf die Rahmenbedingungen.

Man werde die vorliegenden Beschlusslagen hinsichtlich der Notwendigkeit ihrer Neuausrichtung bzw. das Erfordernis zur Erstellung neuer Beschlüsse prüfen, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Die Stiftungsratssitzung am 21.12.11 bezeichnete **Herr Prof. Oswald** als geeignet für eine gemeinsame Erklärung bzw. Vereinbarung zwischen der Stadt und der Stiftung.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann** zur Zuständigkeit auf Arbeitsebene innerhalb der Verwaltung verwies **Herr Beigeordneter Hantusch** auf die notwendige interne Klärung dieser Frage.

Die Frage von **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, zu den laufenden Maßnahmen im Rahmen des Schlaglochprogramms und der Beseitigung der Schadstellen wurde durch **Herrn Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, dahingehend beantwortet, dass die angefragten Maßnahmen zur Beseitigung einzelner Schlaglöcher durch das Tiefbauamt im Zuge der laufenden Instandsetzung in Auftrag gegeben werden. Im Schlaglochprogramm erfolgte eine großflächige Schadensbeseitigung.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:50 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **6. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 14.11.11

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender  
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf  
Schriftführer

Anlage:

. Anwesenheitsliste